

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Jetzt kommt die «Ausgabenbremse»



Allen voran hat sich FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry für die «Ausgabenbremse» eingesetzt.

(Photo ruti)

Erfolg auf der ganzen
nie für die FDP: Nach l-
gem politischem Dri
kann jetzt die «Ausgab
bremse» auf Verfassun
stufe eingeführt wer
Das Volk wird darü
nächstes Jahr abstim
In Zukunft sollen für
stimmte ausgaben
vante Beschlüsse in bei-
den eidgenössischen
Kammern qualifizierte
Mehrheiten nötig sein.
Damit geben sich die Räte
ein Instrument zur Selbst-
disziplin. Die FDP hat das
Thema Anfang 1993 lan-
ciert.

AMK. Das Parlament hat ein Zeichen gesetzt. Mit der Einführung der «Ausgabenbremse» ist es bereit, sich selber vor allzu grosser Ausgabenfreudigkeit zu schützen. Nachdem sich der Ständerat zunächst gegen die Ausgabenbremse gesträubt hatte, hat er sie nun nach dem Nationalrat in der

Herbstsession auch akzeptiert. Damit ist der Weg frei zur Vorbereitung der Volksabstimmung. Diese ist nötig, weil die zeitlich unbefristete «Ausgabenbremse» auf Verfassungsstufe eingerichtet werden soll.

Die FDP hat sich bei dieser Vorlage besondere Verdienste erworben: Nachdem sie von den Delegierten der FDP der Schweiz am 23. Januar 1993 in Lenzburg grünes Licht erhalten hatte, reichte Nationalrätin Spoerry im März des gleichen Jahres eine parlamentarische Initiative ein. Zusätzliches Gewicht erhielt dieser Vorstoss durch die Absicht, eine Volksinitiative zu lancieren, sollte dem parlamentarischen Weg kein Erfolg beschieden sein. Die FDP-Parlamentarier im Nationalrat unterstützen ihre Kollegin geschlossen. Nun ist der Weg frei für ein Instrument, welches das Parlament zu grösserer Sparsdisziplin zwingt.

Festtag in Olten



Der Aufmarsch war eindrücklich, die Feststimmung glänzend, die Freude gross: über 2000 Freisinnige aus der ganzen Schweiz liessen sich den Festakt zum hundertsten Geburtstag der FDP der Schweiz in Olten nicht entgehen. Sehen Sie die Bilder in diesem Freisinn

Inhalt

- Den Abstimmungs-kommentar zum Antirassismusartikel finden Sie auf Seite **9**
- Lesen Sie (fast) alles über die 10. AHV-Revision ab Seite **10**
- Die FDP-Frauen Schweiz bringen ihre Stellungnahme zur Mutterschaftsversicherung auf Seite **14**

FRANZ GEORG MAIER
 DIR. SCHW. LANDESDR.
 HALLWYLSTRASSE 15
 3003 BERN
 342
 50-62800001

Schicksalswahlen in Deutschland?

Die Wahlen zum neuen Deutschen Bundestag am 16. Oktober könnten sich als Schicksalswahl erweisen. Es ist durchaus möglich, dass danach die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland ganz anders aussehen wird, als es sich die etablierten Politiker und Parteien vorgestellt hatten.

◊ Jacques Baumgartner

In Bonn regieren seit 1983 die Christlich-Demokratische/Christlich-Sozial Union (CDU/CSU) zusammen mit den Freien Demokraten (FDP/Liberale). In Opposition sind die Sozialdemokraten (SPD), die Grünen und das Bündnis 90. Bündnis 90 und Grüne bestritten gemeinsam den Wahlkampf.

CDU/CSU und FDP dürften kaum wieder wie 1990 die absolute Mehrheit erlangen. Es ist sogar fraglich, ob die Liberalen die Fünf-Prozent-Hürde werden nehmen können, um in den Bundestag einzuziehen. Sowohl bei den Europawahlen als auch in fünf Landtagswahlen haben sie den Sprung nicht geschafft. Gleichwohl ist es denkbar, dass sie und die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) das sogenannte Zünglein an der Waage sein werden. Drei Wochen vor dem Urnengang hatte das ange-

Zwei Stimmen

Bundesdeutsche Wahlberechtigte haben bei Parlamentswahlen zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme kann ein Kandidat direkt gewählt werden. Die zweite Stimme gilt einer Parteiliste. Das heisst, mit dieser zweiten Stimme gelangen weitere Bewerber in den Bundestag. Dabei entscheidet der Parteienproporz. Parteien müssen bundesweit über fünf Prozent der Wählerstimmen erhalten, um in den Bundestag einzuziehen zu können. Diese Hürde kann mit Direktmandaten – absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen in drei Wahlkreisen – «umgangen» werden.

sehene Umfrage-Institut Allensbach für CDU/CSU einen Wählerstimmenanteil von 41,4 Prozent erfragt. Anfang des Jahres standen die beiden Schwesterparteien bei 33 Prozent; Ende Juli waren es 42 Prozent gewesen. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ist zuversichtlich, dass CDU und CSU letztlich 43 Prozent der Wählerstimmen erhalten werden. CDU/CSU und FDP waren 1990 mit 54,8 Prozent als Regierungsparteien wiedergewählt worden.

Wahlkampf

Im Wahlkampf haben Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Theo Waigel (CSU) wiederholt der SPD und ihrem Bundeskanzlerkandidaten, Rudolf Scharping, vorgeworfen, mit Hilfe der Partei des Demokratischen Sozialismus «den Weg in eine andere Republik antreten zu wollen». Kritik aus dem linken Lager brachte Kohl die Bemerkung ein, die PDS-Mitglieder seien «rot lackierte Faschisten». Die PDS von Gregor Gysi ist aus der sozialistischen Einheitspartei (SED), der früheren DDR-Staatspartei, hervorgegangen.

Kohl präsentierte sich als der Bundeskanzler der deutschen Einheit und des Aufschwunges. Verdienst seiner Politik, seiner Regierung sei es, dass heute die ehemalige DDR mit neun Prozent im ersten Halbjahr 1994 das grösste Wirtschaftswachstum in Europa verzeichne. Die alte Bundesrepublik (Westdeutschland) werde bis Jahresende nahezu fünfhundert Milliarden D-Mark in Ostdeutschlands Entwicklung «investiert» haben (seit 1990). Für die Sozialdemokraten ist hingegen die Wirklichkeit in Ostdeutschland von Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlichem

Niedergang geprägt. Das ostdeutsche wirtschaftliche Wachstum liege nach wie vor ein Drittel hinter jenem Westdeutschlands zurück.

PDS im Bundestag?

Für die SPD sind 33 bis 38 Prozent erfragt worden, für Bündnis 90/Grüne sieben bis neun, für die FDP vier bis sieben und für sonstige Parteien acht Prozent, darunter die PDS (drei bis vier) und die rechtsstehenden Republikaner (ein bis drei).

Der erfragte Vorsprung für die Regierungsparteien ergäbe aber noch keine ausreichende Mehrheit für die Regierungsbildung. Die PDS bliebe nach den Umfrageergebnissen zwar unter der nötigen Fünf-Prozent-Hürde, um in den Bundestag einzuziehen zu können. Sie dürfte aber über drei Direktmandate den «Einzug» schaffen; dazu ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen in drei Wahlkreisen notwendig. In Sachsen-Anhalt kam die PDS auf nahezu 20 Prozent der Wählerstimmen. Gregor Gysi könnte durchaus «der Mann der Stunde» sein. Er hat nichts zu verlieren. Er kann höchstens gewinnen.

Mit der PDS im Bundestag wird die Regierungsbildung in Bonn schwierig, nahezu unmöglich werden. Denkbar ist, dass die Bundestagswahl eine Ausdifferenzierung und Polarisierung des Parteiensystems (Splittergruppen) bringen wird. Offiziell will die SPD von einem zweiten «Sachsen-Anhalt-Sündenfall» nichts wissen. Die Versuchung könnte nach dem 16. Oktober dennoch gross sein, dann nämlich, wenn zusammen mit der PDS eine CDU/CSU-Mehrheit – und damit Regierung – verhindert werden könnte. Das bedeutete, dass der PDS die gleiche Rolle zufiele, wie sie bis anhin die FDP gespielt hatte (allerdings mit umgekehrten Vorzeichen).

Stimmungsumschwung

Helmut Kohl profitiert erheblich davon, dass sich in der deutschen

Wirtschaft ein Stimmungsumschwung breit gemacht hat. Die tiefe Rezession des vergangenen Jahres scheint vergessen zu sein, ist zumindest für den Augenblick verdrängt worden. Dabei sieht es im Vergleich zum Vorjahr gar nicht so günstig aus. Aber Optimismus macht sich breit, selbst wenn die Zahl der Arbeitslosen kaum gesunken ist.

Gegenwärtig leidet der Konsum, weil Steuern und Abgaben erhöht worden sind. Hinzu kommt der hohe Stand der Arbeitslosigkeit. Aber es mehren sich die Anzeichen, dass in Westdeutschland im Verlaufe dieses und des nächsten Jahres die Konjunktur an Fahrt gewinnt. Darauf baut Bundeskanzler Helmut Kohl. Das alles könnte ihm helfen, die Wahl wieder zu gewinnen. Die Bürger vergessen schnell. Sobald sich Anzeichen für einen Aufschwung zeigen, wird die hohe Zahl der Arbeitslosen rasch vergessen.

Aber die Bundesregierung greift schon heute zu Massnahmen, die erst nach der Bundestagswahl zu Belastungen der Bürger führen werden. Neben dem Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5 Prozent der Einkommenssteuern werden erstmalig Beiträge in Höhe von einem Prozent des Salärs zur Finanzierung der Pflegeversicherung erhoben. Ausserdem werden die Vermögens- und Versicherungssteuer erhöht. Diese Erhöhungen entziehen vor allem den privaten Haushalten in beträchtlichem Umfang Kaufkraft und tragen dazu bei, dass der private Konsum zu Beginn des Aufschwunges im nächsten Jahr sinkt.

So ist es auch durchaus möglich, dass die Bürger gegen die etablierten Parteien aufbegehren, CDU/CSU und SPD, die Volksparteien, kaum wesentlich mehr als 30 Prozent der Wählerstimmen erhalten werden. In Bonn könnte etliches auf den Kopf zu stehen kommen. ■

Mattia Pelloni setzt grundsätzlich auf die Jugend

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Grundsätzlich auf die Jugend; doch wichtiger erscheint mir die Möglichkeit, dass ein Umdenken stattfindet. Dies um so mehr, als in der heutigen Zeit neue Ideen gefragt sind; Ideen, deren innovativer Charakter nicht bereits im Keime erstickt wird, wie dies in der heutigen Zeit nur allzuoft geschieht. Gerade in diesem Zusammenhang glaube ich, dass die JBS als Jungpartei eine gute Plattform darstellt.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Der unaufhaltsame Zerfall der Umwelt und der Natur. Da grosse politische Umwälzungen stets der Zustimmung der Bevölkerung bedürfen, sehe ich hier einen gesellschaftlichen Widerspruch, der gelöst werden muss. Es dauert viel zu lange, bis man durch umweltpolitische Fragestellungen konkrete Lösungen findet. In diesem Bereich bin ich für die Schaffung kürzerer Entscheidungswege.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Jene, welche noch nicht erfunden wurde.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Hier komme ich nicht umhin zu sagen, dass ich als Tessiner besonders stolz auf meinen Kanton bin. Ansonsten schätze ich an der Schweiz viele Dinge, deren Aufzählung hier zu weit führen würde.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?



Mattia Pelloni: neuer Generalsekretär der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) und leidenschaftlicher Kakteensammler.

Die mangelnde Bereitschaft, die aussenpolitische Öffnung mitzutragen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russels einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Hier glaube ich einen Widerspruch zu sehen, da Mehrheiten durchaus in der Lage sind, Fortschritt zu erzielen. Minderheiten sind insofern von grosser Bedeutung, als sie auf Probleme und Gefahren hinweisen können, welche durch die Mehrheit nicht erkannt werden.

Warum sind Sie bei der FDP?

Als ehemaliger Jusos ist mir endlich ein Licht aufgegangen!

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Da ich zuwenig Politiker persönlich kenne, möchte ich mir nicht anmassen, eine Auswahl zu treffen.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Taten statt Worte!

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Leute sind nicht auf Grund ihres Geschlechts zu bewerten, sondern auf Grund ihrer persönlichen Leistungen. Würde man dieses Kriterium anwenden, so müssten viele ihren Hut nehmen.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Verspätet gestartet zu sein (Interpretation dem Leser überlassen).

KURZBIOGRAPHIE

Mattia Pelloni

Zur Person: Geboren am 19. 10. 1967 in Gorengo (TI). Maturitätsabschluss Typus D in Aarau mit anschliessendem Proficiency-Abschluss in Oxford. Zum heutigen Zeitpunkt BWL-Studium an der Uni Bern.

Den Willen zu arbeiten, verbunden mit der Fähigkeit, Leute zu motivieren.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Japan's Winning Margins «The Secrets of Japan's Success». Ich bin fasziniert von der Vielfalt an Entdeckungen, welche man im Lesen asiatischer Bücher finden kann. Wesentlich hierbei ist, dass es stets verschiedene Wege gibt, um zum selben oder evtl. zu einem besseren Ziel zu gelangen.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich trainiere zweimal wöchentlich im Krafraum der Uni Bern.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Mich bereits in der realen Arbeitswelt tummeln, weg von theoretischen Überlegungen, hin zu konkreten Aufgabenstellungen, deren Lösungen zeigen, ob man richtig gewählt hat.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Staatssekretär Jakob Kellenberger. Was mich an ihm so fasziniert, ist das Urschweizerische, gepaart mit dem unaufhaltsamen Willen, die Öffnung der Schweiz voranzutreiben. ■

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

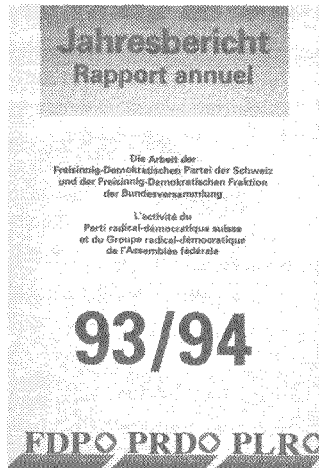
Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»

Name: _____ Vorname: _____ 10/94
 Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Die Arbeit der FDP



Name: _____

Vorname: _____ 10/94

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 93/94

(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Bitte einsenden an:
 FDP-Generalsekretariat
 Postfach 6136
 3001 Bern

Fax (031) 312 19 51

100 Jahre FDP

PIN

Am 17. September 1994 feierte die FDP der Schweiz in Olten, wo sie 1894 gegründet wurde, ihr hundertjähriges Bestehen. Dafür wurde ein neuer Pin hergestellt. Sie können den Pin bestellen, als FDP-Mitglied oder als Pin-Sammler. Die Auflage beträgt 2000 Exemplare.



FESTSCHRIFT

Die «Politische Rundschau» Nr. 2/3 erscheint als Festschrift. Sie enthält hochkarätige Artikel von rund zwanzig Autorinnen und Autoren, welche sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Zukunft des Freisinns beschäftigen. Umfang: über 200 Seiten. Wenn Sie die «Politische Rundschau» der FDP nicht schon abonniert haben, bestellen Sie die Festschrift. Da wir möchten, dass diese Publikation von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern gelesen wird, haben wir den Preis für dieses Buch mit Fr. 15.- sehr tief angesetzt.

Zusätzlich offerieren wir Ihnen in Kombination damit:

■ Wenn Sie die politische Vierteljahresschrift der FDP, die «Politische Rundschau», jetzt abonnieren, erhalten sie für nur Fr. 20.- (= jährliche Abonnementkosten) mit der Festschrift zugleich den ganzen Jahrgang 1994. (Als «Politische Rundschau» Nr. 1 ist der Bericht Wege aus der Arbeitslosigkeit erschienen, als Nr. 4 ist die Veröffentlichung des Seniorenberichts geplant.)

■ Ist Ihnen das Buch «60 Jahre eidgenössische Politik. Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns» von Eugen Dietschi ein Begriff? Es ist 1979 erschienen und behandelt die Zeit von 1919 bis 1979 (gebunden, 462 Seiten). In Kombination mit der Festschrift erhalten Sie es jetzt für zusammen nur Fr. 20.-.

■ Wollen Sie gleich alles: ein Abonnement der «Politischen Rundschau», die Festschrift und das Buch von Eugen Dietschi? Für total Fr. 30.- erhalten sie alles portofrei in Ihren Briefkasten.

Talon

Ja, ich bestelle (portofrei):

- Ex. des speziellen FDP-Pins 100 Jahre zum Preis von je Fr. 5.-.
- Ex. der «Politischen Rundschau» Nr. 2+3/1994 «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» zum Preis von je Fr. 15.-.
- Ich bestelle nicht nur die Festschrift, sondern werde auch Abonnent der «Politischen Rundschau» und erhalte den ganzen Jahrgang 1994 für Fr. 20.-.
- Ich bestelle zusammen mit der Festschrift auch das Buch von Eugen Dietschi: «60 Jahre eidgenössische Politik» zum Preis von zusammen Fr. 20.-.
- Ich bin an allem interessiert, an einem Abonnement der «Politischen Rundschau», an der Festschrift und zugleich am Buch «60 Jahre eidgenössische Politik» von Eugen Dietschi, und bezahle dafür Fr. 30.-.

Name: _____ 10/94

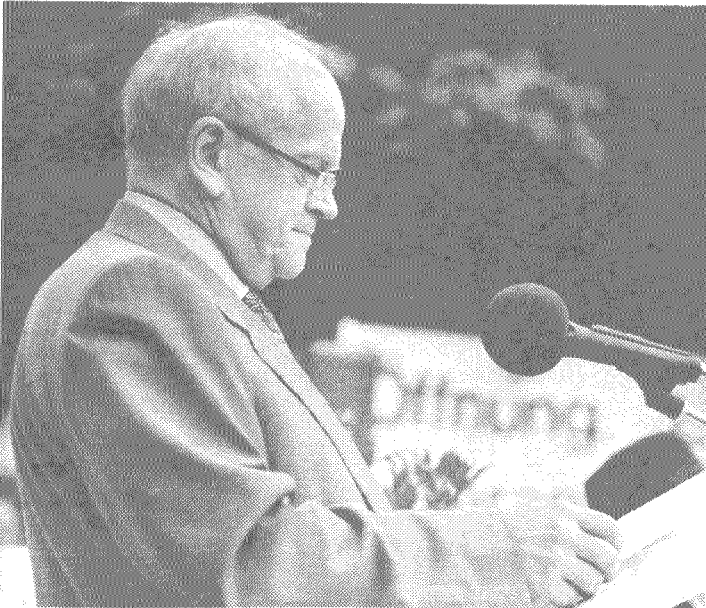
Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Philipp Schumacher, der Stadtpräsident von Olten, heisst die Freisinnigen herzlich willkommen.



Die freisinnigen Bundesräte als konzentrierte Zuhörer.



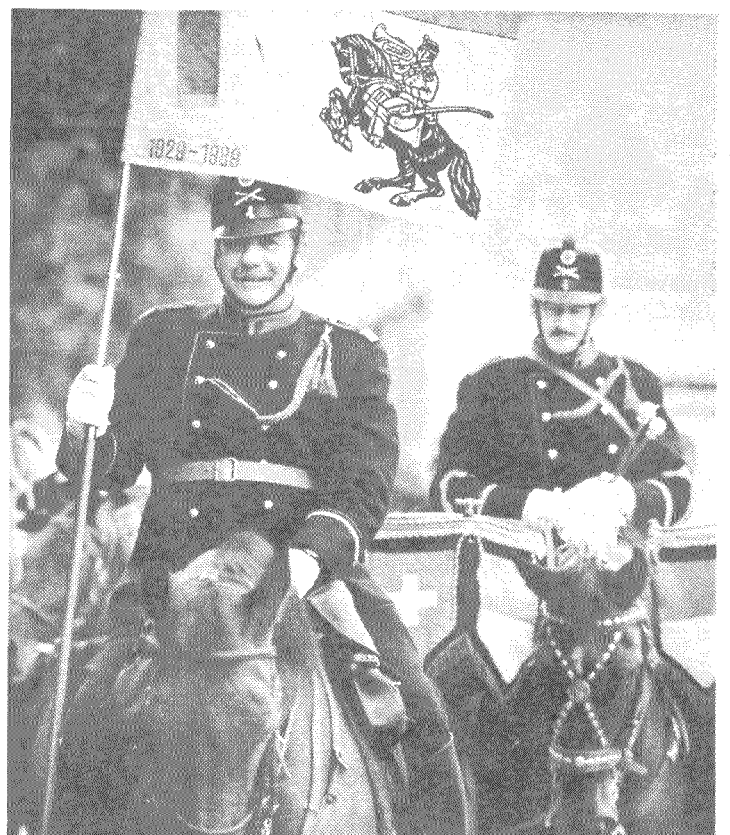
Ständerat Rolf Büttiker (SO) versucht, den Umzug zu bilden. Yves Monnin, Regierungstatthalter in Biel, bleibt skeptisch.

Das Fest

Der 17. September 1994 wird über 2000 freisinnigen Frauen und Männern in Erinnerung bleiben: Zum Hundert-Jahr-Jubiläum der FDP der Schweiz trafen sie sich in Olten. Zusammen erlebten sie einen herrlichen Tag. Die Bilder sprechen für sich. Photos: wo nicht anders angegeben, von Patrick Lüthys «imagopress», Olten



Die Spitze des Umzuges, die Spitze der Partei.



Die berittene Artillerie-Musik Solothurn und Umgebung ist durch und durch freisinnig.

KANTONE



Die Thurgauer kamen gleich mit dem Mostkrug. (Photo Plutarch Chiotopoulos)



Die Luzerner gratulierten mit einer grösseren Tischbombe. (Photo Plutarch Chiotopoulos)

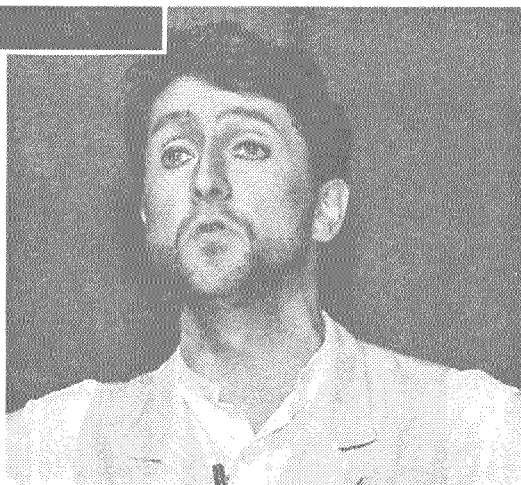


Die Aargauer Frauen bereiten ihren Wagen vor, während die meisten Männer noch beim Kaffee sind. (Photo rus)

BÜHNE



Auf der Bühne dann das Ballett...

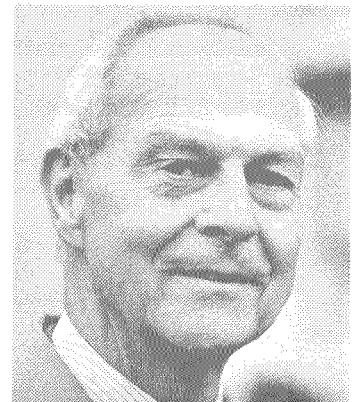


... und das Martin-Disteli-Spiel.

PERSÖNLICH



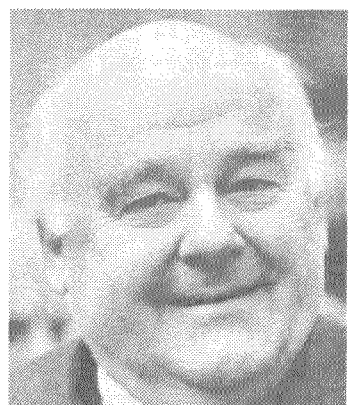
Ständeratspräsident Riccardo Jagmetti (ZH), historisch bewusst.



Alt Bundesrat Rudolf Friedrich, wie immer da für die Partei.



Parteipräsident Franz Steinegger, offensichtlich zufrieden.



Alt Nationalratspräsident Ulrich Bremi, den Zustand der Partei im Auge.



Weitsicht, Umsicht, Engagement: die Geburtstagswünsche von Beatrice Geier-Bischoff, Kantonalpräsidentin der FDP Baselland und Mitglied der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz.

AUGENBLICKE



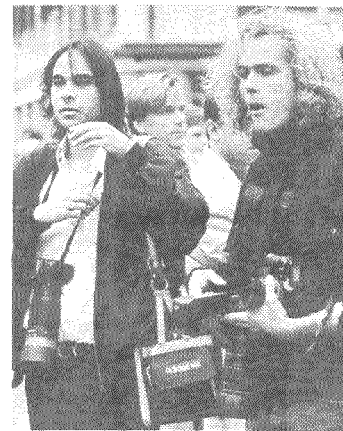
Verträumte Tessiner Jungliberale.

Wohin sind sie geflogen?



2000 Freisinnige waren in Olten, 2000 Ballone gingen in die Luft. Bereits sind über 100 Postkarten, die an diesen Ballonen hingen, an das FDP-Generalsekretariat zurückgesandt worden: zum Beispiel aus dem nördlichsten Haus der Schweiz, viele aus Deutschland mit «herzlichen Grüssen in die schöne Schweiz», mit Photographien über den genauen Fundort, sogar mit Geld für die Aktion «Denk an mich», Ferien für behinderte Kinder. Mehr darüber im nächsten «Freisinn».

Festakt 17.09.94
100 Jahre
 1894 **FDPO** 1994



Die Journalisten hatten zu tun.



Die «Audiovisionellen».

Software ist unsere

Leidenschaft

**Informatik-Dienstleistungen
 zu realen Preisen**

Beratung - Entwicklung - Schulung

Arboscomp Informatik
 Naglerwiesenstrasse 34, 8049 Zürich
 Tel. 01-341 10 22 Fax 01-341 10 60

gerechter



Ja
am 4. Dez.

**zu einem Krankenversicherungsgesetz,
das gerechter und sicherer ist!**

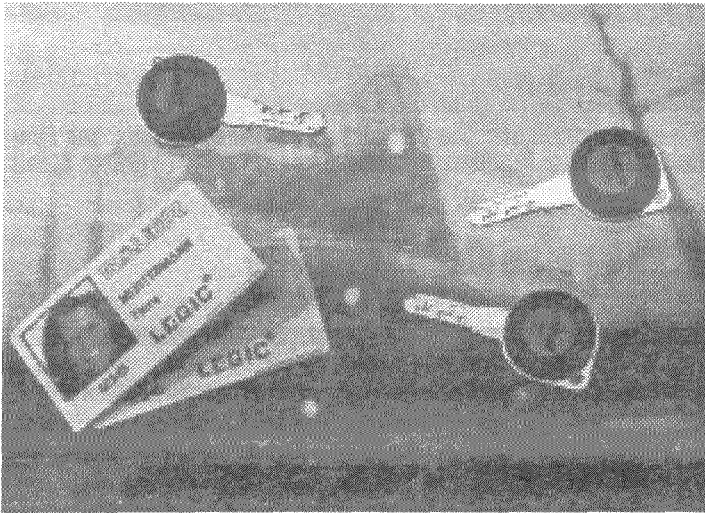
- Prämienerbilligung für wirtschaftlich Schwächere
- Volle Freizügigkeit beim Wechsel der Krankenkasse dank Obligatorium
- Klarer, erweiterter Leistungskatalog
- Gleiche Prämien für Mann und Frau

KOMITEE FÜR EINE ZUKUNFTGERECHTE KRANKENVERSICHERUNG - RAYMOND LORETAN

Mutzli

Auch als «wertkonservativer Innerschweizer», als der er sich ausgab, stellte sich der Obwaldner Ständerat Niklaus Küchler (CVP) etwas patriarchalisch zwar – er sprach von der Männerwarte aus von «unseren Frauen» – hinter das Gleichstellungsgesetz.

Keine Hemmungen zeigen die Journalisten, wenn es gegen politische Autoritäten geht. So auch Moderator Charles Clerc vom Schweizer Fernsehen, der sich in seinem Büro ablichten liess, wo ausser vielen modischen Kravatten lediglich noch ein Kleber «Stopp Cotti» an der Wand prangt... ■

ZUGANGSKONTROLLE

Die Bauer Kaba Gruppe ist seit 130 Jahren führend auf dem Gebiet des kontrollierten Zutritts und Zugriffs. Vom Sicherheitsbehältnis bis zum hochsicheren Tresorraum, vom Kaba Schlüssel bis zum berührungslosen Identifikationssystem, von der Sicherheitstüre bis zum Zutritts- und CIM-Leitrechner, entwickelt produziert und installiert die Bauer Kaba Gruppe alle Bausteine für perfekt funktionierende Zugangskontrollen.



BAUER KABA®

Bauer Kaba Holding AG 8153 Rümlang-Zürich

VERANSTALTUNG**Parolenfassung**

**A. o. Delegiertenversammlung,
Samstag, 22. Oktober 1994, 10.15 Uhr,
in Sion, Salle de la Matze (rue de Lausanne 51)**

PROGRAMM

- 9.30 Uhr Kaffee und Gipfeli
- 10.15 Uhr Begrüssung durch Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen (UR)
Die FDP ein Jahr vor den Wahlen 1995
Kurzreferat von Pascal Couchepin, Fraktionspräsident und Nationalrat, Martigny (VS)
- 10.30 Uhr **Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung und Volksinitiative vom 17. März 1986 «für eine gesunde Krankenversicherung»**
Die Situation im Gesundheitswesen
Einführungsreferat von Trix Heberlein, Nationalrätin (ZH)
Podiumsdiskussion:
Trix Heberlein, Nationalrätin (ZH)
Philippe Pidoux, Nationalrat (VD)
Burkhard Vetsch, Regierungsrat (SG)
Ernst Cincera, Nationalrat (ZH)
Befürworter(in) SP-Initiative (noch offen)
Diskussion
Standpunkt des Bundesrates
Bundesrat Kaspar Villiger, Vorsteher des EMD
Parolenfassung
- 11.45 Uhr **Bundesgesetz vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht**
Fakten und Zusammenhänge
Referat von Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger (UR)
Kurzreferate:
Pro: Christine Beerli, Ständerätin (BE)
Contra: Angeline Fankhauser, Nationalrätin (SP/BL)
Diskussion
Standpunkt des Bundesrates
Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher des EVD
Parolenfassung
- 13.00 Uhr Schluss der Versammlung

Zu dieser Veranstaltung sind alle Mitglieder herzlich eingeladen. ■

Mit der 10. AHV-Revision liegt heute ein Werk vor, das in seiner Gesamtkonzeption überzeugt, ein Werk, das die von den Frauen seit Jahren zu Recht erhobenen Forderungen verwirklicht und das nur als positiv bezeichnet werden kann. Gegen diese Vorlage haben die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) und der Schweizerische Gewerkschaftsbund nun das Referendum angekündigt. Wie ist es dazu gekommen, und wie steht die FDP der Schweiz dazu?



Die AHV ist ein Werk von Generationen für Generationen. Sie darf nicht Spielball des politischen Fundamentalismus werden oder Tummelfeld politischer Profilierungsbemühungen. (Photo Stahl)

Die Chance heute wahrnehmen

Regine M. Sauter*

Gleichzeitig mit dem Übergang zu einem neuen, v. a. für Frauen und Personen mit kleinen Einkommen vorteilhafteren System beschliesst der Nationalrat in der Frühjahrssession 1993 und anschliessend der Ständerat in der Sommersession 1994 eine stufenweise Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 62 auf 64 Jahre. Unter Berücksichtigung der Kritik verschiedenster Frauenorganisationen federte der Ständerat den Übergang

* Lic. rer. publ. HSG, politische Sekretärin auf dem Generalsekretariat der FDP Schweiz

durch eine Kompromisslösung ab, welche FDP-Ständerätin Christine Beerli (Bern) massgeblich mitgestaltet hat: Während einer Übergangsfrist profitieren Frauen von einem erleichterten Rentenvorbezug.

Im Nationalrat spricht man sich in der Herbstsession 1994 gegen eine Aufteilung der Vorlage aus; das Volk soll nicht separat über Rechte und Pflichten im Rahmen der AHV-Revision entscheiden können, wie dies von linker Seite gefordert wird. Daraufhin geben die Spitzenvertreter der SP und des Gewerkschaftsbundes umgehend bekannt, dass sie das Referendum gegen die

10. AHV-Revision ergreifen werden.

Die Argumente der Gegner

Die Linke ist davon überzeugt, dass erstens die 10. AHV-Revision in einer Referendumsabstimmung verworfen wird, wobei dafür allein das erhöhte Rentenalter der Frauen ausschlaggebend sein werde, und dass es zweitens möglich sein wird, anschliessend die guten Teile der Vorlage zu retten: Verbesserungen wie das Splitting oder die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sollen nach gewonnener Abstimmung in einer eigens dafür einberufenen Sondersession durchgebracht werden. Die SP macht damit einen behaupteten «massiven Sozialabbau», der durch die Erhöhung des Rentenalters betrieben werde, zu ihrem Wahlkampfthema. Sie macht geltend, dass es nicht zu rechtfertigen sei, die Frauen die gesamten Kosten der 10. AHV-Revision bezahlen zu lassen und erst noch die Sanierung der Bundesfinanzen. Bevor eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen in Betracht gezogen werden könne, müsse die faktische und lohnmassige Gleichstellung

der Frauen verwirklicht werden. Man spricht auf der SP-Seite von der AHV-Erpressung: Durch die Nichtaufteilung der Vorlage werde das Volk vor ein unzumutbares Dilemma gestellt.

Die SP ist in dieser Sache intern gespalten. Die Befürworter eines Referendums um den Parteipräsidenten Peter Bodenmann wollen dieses als wahlstrategisches Potential benutzen. Die Gegner dieses Vorgehens wie beispielsweise Nationalratspräsidentin Gret Haller weisen zu Recht darauf hin, was man damit aufs Spiel setzt.

Die Grünen unterstützen das Referendum nicht, da sie das Splitting nicht gefährden wollen; das Frauenrentenalter 62 wollen sie mittels einer Initiative wiederherstellen.

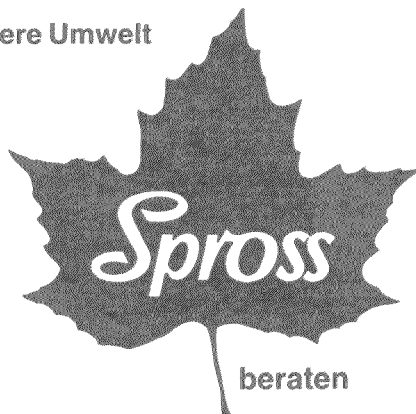
Es besteht die Gefahr, dass die linken Gegner der Vorlage Unterstützung durch rechtspopulistische, konservativ-patriarchalische Kreise erhalten werden, die gegen den Systemwechsel an und für sich sind.

Die Position der FDP

Die 10. AHV-Revision bietet mit den vorgesehenen Verbesserungen eine Chance, die es heute wahrzunehmen gilt; bei einer Ab-

100 Jahre für unsere Umwelt
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

Lassen Sie
für Ihren Garten
sich exklusiv von



beraten

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Burstwiesenstr. 2 01-4 62 62 62

Was bringt die 10. AHV-Revision?

■ Eine Flexibilisierung des Rentenalters: Ein Rentenvorbezug für Frauen wie für Männer um zwei Jahre, mithin eine Flexibilisierung des Rentenalters, ist möglich, wobei pro vorgezogenes Jahr eine Reduktion der Rente um 6,8 Prozent in Kauf genommen werden muss. Als Kompromiss führte jedoch der Ständerat einen erleichterten Rentenvorbezug für jene Frauen ein, die zwischen dem Jahr 2001 und 2009 pensioniert werden; diese haben eine Rentenkürzung um lediglich 3,4 Prozent

pro vorgezogenes Jahr in Kauf zu nehmen.

■ Einen individuellen Rentenanspruch: Unabhängig vom Zivilstand hat jeder und jede Versicherte Anspruch auf eine eigene Rente auf Grund der eigenen Beitragsjahre und der Beiträge, die dem eigenen Konto gutgeschrieben werden.

■ Das Splitting: Ist ein Paar verheiratet, werden die während der Ehe von beiden Partnern geleisteten Beiträge je hälftig den Konten beider Partner gutge-

schrieben. Die vor der Ehe erarbeiteten Beiträge werden zu hundert Prozent dem eigenen Konto gutgeschrieben.

■ Die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften: Jenen Personen, die sich der Erziehung von Kindern oder der Betreuung von im gleichen Haushalt lebenden, pflegebedürftigen Angehörigen widmen, werden (fiktive) Beiträge gutgeschrieben.

■ Plafonierung der Renten verheirateter Personen: Bei verheirateten Paaren erfolgt eine Plafon-

nierung der Summe beider Einzelrenten auf 150 Prozent der Maximalrente.

■ Die Einführung einer Witwerrente: Verwitwete Männer erhalten neu auch eine Rente, sofern sie unmündige Kinder haben.

■ Die Erhöhung des Rentenalters: Frauen sollen neu erst mit 64 Jahren eine Rente erhalten. Das Rentenalter wird stufenweise angehoben; im Jahre 2001 auf 63, im Jahre 2005 auf 64 Jahre. ■

lehnung der Vorlage dürften diese zumindest für lange Zeit verwirkt sein. Ganz offensichtlich ist es aber die Strategie der Linken, die Verantwortung für ein allfälliges Scheitern der 10. AHV-Revision den Bürgerlichen zuzuweisen.

Hier gilt es ganz klar die Zusammenhänge aufzuzeigen: Die FDP und die anderen bürgerlichen Parteien haben im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses grosses Entgegenkommen gezeigt. Wenn jetzt die Vorlage in einer Referendumsabstimmung zu Fall gebracht wird, sind es allein die SP und der Gewerkschaftsbund, welche die Verantwortung dafür zu tragen haben, dass ein Werk, welches unter dem Strich nur Verbesserungen bringt, scheitert. Mit dem Referendum gefährdet die SP den Durchbruch zu einem neuen System, riskiert ein Nullsummenspiel, bei dem niemand gewinnen, aber viele verlieren können, und betreibt Wahlkampf-taktik auf Kosten der Frauen.

Die SP argumentiert damit, dass mit der 10. AHV-Revision ein massiver Sozialabbau betrieben werde. Welche Verbesserung diese Vorlage bringt, verschweigt sie.

Im Prinzip profitieren durch die verbesserte Rentenformel all jene Personen von den Änderungen, die keine Maximalrente erhalten, insbesondere Bezüger von Kleinstehenden. Die 10. AHV-Revision ist zudem die erste

Revision, welche den Anliegen der geschiedenen Frauen und alleinerziehenden Elternteilen Rechnung trägt und eine substantielle Verbesserung der Stellung der Frau generell bringt.

Betrachtet man den Kreis der Hauptbegünstigten der 10. AHV-Revision, vor allem Frauen, aber auch Männer mit kleinen Einkommen, ist es um so erstaunlicher, dass die SP die Vorlage angreift, lässt sie doch damit ausgerechnet ihre eigene Basis für ihre Wahltaktik büssen.

Es wird keine Sondersession geben

Abgesehen davon, dass die Einberufung einer Sondersession in so kurzer Zeit, wie der SP dies vorschwebt, schon aus verfahrensrechtlichen Gründen nicht möglich ist und damit ein Inkrafttreten der 10. AHV-Revision auf den 1. Januar 1997 zum vornherein verunmöglicht wird, wird sich die FDP auch aus grundsätzlichen Überlegungen nicht auf einen solchen Handel einlassen.

Die 10. AHV-Revision ist ein Ganzes. Es geht nicht an, dass von linker Seite zuerst ein Scheitern provoziert und anschliessend ein psychologischer Druck auf die bürgerlichen Parteien ausgeübt wird, sich doch noch für ein Gelingen der guten Teile einzusetzen. Ein solches Vorgehen ist verantwortungslos.

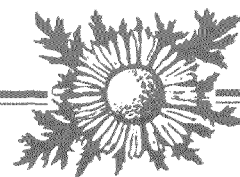
Es ist ausserdem illusorisch zu glauben, ein System, welches sämtliche Vorzüge der 10. AHV-Revision bringt, das Rentenalter der Frau jedoch bei 62 belässt, könnte innert kürzester Zeit verabschiedet werden. Zur Finanzierung der Verbesserung müssten demnach neue Quellen erschlossen werden, was sich als langwieriger Prozess herausstellen dürfte.

Das Ziel der SP

Anstelle festgeschriebener Rentenalter will die SP die sogenannte Ruhestandsrente verwirklichen. Der Übertritt in den Ruhestand soll für Männer und Frauen zu einem frei wählbaren Zeitpunkt ab ihrem 62. Lebensjahr bei voller Rente erfolgen können.

Voraussetzung zum Bezug einer Rente wäre demnach die Aufgabe der Erwerbstätigkeit, was praktisch nicht kontrolliert werden kann. Ein solches System ist zudem ungerecht: Wer länger arbeitet, bezahlt zwar länger, bekommt aber keine höhere Rente. Im übrigen wäre eine derartige Ausgestaltung der AHV schlicht nicht zu finanzieren. ■

Die Ausführungen machen deutlich, was ein Scheitern der 10. AHV-Revision bedeuten würde: die Verunmöglichung der Einführung substantieller Verbesserungen auf Jahre hinaus. Bei einer Ablehnung können alle nur verlieren, nicht nur die Frauen, aber diese ganz besonders.



gesund und fit!

Schwefelberg-Bad mit seiner eigenen Schwefelquelle ist ein Erstklasshotel mit gepflegter Ambiance und eigenem Kurzentrum. Der anspruchsvolle Gast findet hier die ideale Kombination für Sport-, Fitness-, Schlankheits- und Gesundheitsferien.

Einziges Schweizer Heilbad mit hauseigenem Naturfango!

★★★★
Romantik Kurhotel
Schwefelbad

Inhaber und persönliche Leitung:
A. und H. Meier-Weiss
CH-1738 Schwefelberg-Bad BE
Tel. (037) 39 26 12, Fax (037) 39 24 08

Zur Diskussion um das neue Krankenversicherungsgesetz



In den letzten Ausgaben des «Freisinn» haben sich Nationalrätin Trix Heberlein und Direktor Erhard D. Burri von der Artisan-Krankenversicherung über Pro und Kontra des neuen Krankenversicherungsgesetzes geäußert.

Ich bin mit Frau Heberlein einig, dass das neue Gesetz Verbesserungen bringt. Unter anderem eine Ausdehnung der Versicherungsleistungen und die begrüssenswerte Absage an die bisherige Giesskannensubventionierung aller Krankenkassen. Die Ausdehnung der Leistungen hat allerdings den Preis von zusätzlich mehreren hundert Millionen Franken. Und auch die persönliche Prämienverbilligung anstelle der Giesskannensubventionierung kostet Geld.

So muss der Steuerzahler nach dem neuen Gesetz jährlich drei Milliarden Franken aufbringen, die dann an bedürftige Versicherte umverteilt werden. Und wenn nach verschiedenen Berechnungen noch «bedürftig» ist und damit Anspruch auf Prämienverbilligungen hat, wer rund 100 000 Franken im Jahr verdient, dann stimmt mit dem Gesundheitssystem an sich etwas nicht.

Grundlegendes Problem sind nämlich die extrem hohen Kosten des Gesundheitswesens, das wir Schweizerinnen und Schweizer uns leisten zu können oder leisten zu müssen glauben. Diese Kosten müssen mit oder ohne neues Gesetz zu hundert Prozent bezahlt werden. Und so werden sich Befürworter und Gegner des neuen Krankenversicherungsgesetzes so oder so möglichst rasch zusammensetzen und nach dringenden nötigen Massnahmen zur Senkung der Kosten des Gesundheitswesens suchen müssen.

Rudolf Steiner
Nationalrat, Lostorf SO

SULZER GRATULIERT DER FDP SCHWEIZ ZUM 100JÄHRIGEN BESTEHEN. IN DER VERGANGENEN ZEIT HABEN BEIDE VIELE HERAUSFORDERUNGEN ANGEPACKT. AN DEN GESCHAFFENEN WERTEN MÖCHTEN WIR AUCH IN ZUKUNFT FESTHALTEN UND SIE WEITERENTWICKELN.

SULZER

Technologie schafft Werte

KOLUMNE

Die unerhörte Versuchung des «Courant normal»



Die 54,7 Prozent Ja-Stimmen für die Antirassismuskonvention-Vorlage erschienen fast als komfortable Mehrheit, nachdem man selbst im Bundeshaus um die Zustimmung gebangt hatte.

Wenn man allerdings bedenkt, dass sozusagen die gesamte «offizielle Schweiz» hinter der Vorlage stand, so müssen die 45,3 Prozent Nein doch ein Unbehagen hinterlassen. Die ganze Abstimmung war von soviel *Ungereimtheiten und Fehlritten* begleitet, dass das knappe Resultat nicht überraschen kann. Es begann mit unklaren Bestimmungen in der Botschaft des Bundesrates unter der Ägide von Bundesrat Felber, die das Parlament nur teilweise eliminierte. Als Bundesrat Koller öffentlich über diese «Grauzonen» nachzudenken begann, war es zu spät.

Zu Beginn der Abstimmungskampagne herrschte zudem beim befürwortenden Komitee die Doktrin, alle Gegner in die *rechtsextreme Ecke* der «Rassisten» abzurängen; viele Parteien liessen an ihren Delegiertenversammlungen gar keine Gegner zu Worte kommen. Es kam schliesslich soweit, dass ein jungbürgerliches Nein-Komitee die Flinte ins Korn warf, weil es dermassen unter Druck gesetzt wurde. Erst als eine Grundwelle von gegnerischen Leserbriefen daherkam, wurde ein *intensives Gespräch* mit jenem beträchtlichen Teil der Stimmberechtigten aufgenommen, die aus Sorge für die Meinungsäusserungsfreiheit Bedenken hegten. Dass dies rechtzeitig noch geschah, dürfte wesentlich zum schliesslich positiven Resultat beigetragen haben. Denn dass die Demagogie der wenigen Fremdenfeinde oder gar Rassisten am rechten Rande eine Chance auf eine Mehrheit im Schweizer Volk gehabt hätte, darf wohl ganz aus-

geschlossen werden. Vom begreiflichen Aufatmen von Bundesrat Cotti am Bildschirm nach dem Bekanntwerden des Resultats bis zum *Übergang zum «Courant normal»* ist nur ein kleiner Schritt.

Die Versuchung ist um so grösser, als der Bundesrat in letzter Zeit mit Applaus des Souveräns vor allem in ausserpolitischen Fragen nicht überhäuft worden ist. Aber es wäre eine Fehlbeurteilung, anzunehmen, die Quellen der *Unzufriedenheit und des Misstrauens* seien nach dem 25. September erschöpft. Der Bundesrat ist nach der dreifachen Niederlage am 12. Juni in die Klausur gegangen und hat eine Reihe guter Vorsätze gefasst. Aber die Taten haben den Worten nicht entsprochen. Die Regierung hat sich auch in diesem Sommer als ein Gremium von *Einzelkämpfern* präsentiert, in dem die in einem Kollegialsystem nötige Disziplin bereits beerdigt zu sein scheint. Auch das Hin und Her mit Informationspannen etwa bei der AHV oder in ausserpolitischen Fragen ist keineswegs geeignet, mehr Vertrauen in die Führungsqualitäten zu schaffen.

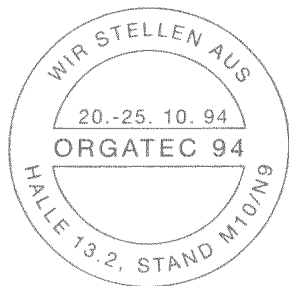
Der mit Händen zu greifende Ansehensverlust des Bundesrates als Gesamtbehörde müsste zu einer *Selbstbesinnung* führen. Vor allem aber werden die *Bundesratsparteien* nicht darum herumkommen, einen notfalls starken Druck für eine kohärentere und konsequentere Politik aufzusetzen. Allerdings werden dies die bürgerlichen Parteien in manchen Fällen ohne die SPS tun müssen, denn P. Bodenmann übt sich heute schon in Wahldemagogie und -opportunismus. Umsicht, Offenheit und Beschränkung auf das politisch Mögliche und vor allem eine Intensivierung des Dialogs mit dem Souverän wären wichtige «vertrauensbildende Massnahmen».

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen ZH

Über den Tag hinaus.



USMKITOS



Führungskräfte prägen die Seele eines Unternehmens. Ambiente und Organisation machen sie sichtbar. Als Spiegel der persönlichen Geisteshaltung. Wir gestalten mit Ihnen Arbeitswelten, die zu Dialog und Teamarbeit einladen. Offen für neue Ideen und zukünftige Aufgaben. Über den Tag hinaus.

Wir senden Ihnen gerne weitere Informationen. Damit wir Sie schnell bedienen können, geben Sie bitte folgende Referenz Nr. an: KE1

USM U. Schärer Söhne AG
CH-3110 Münsingen
Telefon 031 720 72 72
Telefax 031 720 72 38

Mutterschaftsleistungen für alle Mütter

Die Frauenorganisationen von FDP, CVP und SVP haben sich erneut zusammengefunden, um einem Anliegen gemeinsam zum Erfolg zu verhelfen: An einer Pressekonferenz vom 8. September in Bern forderten sie mit Nachdruck Mutterschaftsleistungen für alle Mütter. Von den FDP-Frauen Schweiz nahmen Präsidentin Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin aus Zürich, und Ständerätin Christine Beerli teil.

◊ Madeleine Kuhn-Baer*

Für die schweizerischen Frauenorganisationen der FDP, CVP und SVP ist es überfällig, dass für den seit bald fünfzig Jahren in der Bundesverfassung verankerten Auftrag zur Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung erneut eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt wird. «Mutterschaft ist nicht nur Privatsache», schreiben sie in einem gemeinsamen Communiqué. Kinder seien unsere Zukunft: Der für sie von den Eltern geleistete Aufwand bedürfe vermehrt der gesellschaftlichen Anerkennung und Solidarität. Die umliegenden europäischen Länder hätten längst umfassende Leistungen bei Mutterschaft vorgesehen.

Alle Mütter gleich behandeln

Die drei bürgerlichen Frauenorganisationen sind sich einig darüber, dass Mutterschaftsleistungen für alle Mütter vorgesehen werden müssen – ob diese nun vor der Geburt des Kindes ausserhäuslich erwerbstätig gewesen sind oder nicht: «Es darf nicht vorkommen, dass erwerbstätige gegen nichterwerbstätige Frauen ausgespielt werden. Alle Mütter sollen gleich behandelt werden», heisst es in der Stellungnahme dazu.

Der von Bundesrätin Dreifuss vorgelegte Entwurf wird als ungerichtet taxiert, da er lediglich Lei-

stungen für Mütter, die vor der Geburt erwerbstätig gewesen sind (bei Adoption auch für Väter), vorsieht. Frauen, die während der Schwangerschaft keiner ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgegangen sind oder ohne Lohn im Gewerbe oder auf dem Bauernhof ihres Ehegatten arbeiten, würden somit leer ausgehen.

Überall gleiche Leistungen

Die Höhe der Leistungen dürfe zudem nicht davon abhängen, bei welchem Arbeitgeber eine Frau vor der Geburt tätig gewesen sei: «Sie sollte bei Mutterschaft überall die gleichen Leistungen erwarten können.» Die Vorlage enthalte eine Lösung, wie sie in den meisten Verwaltungen schon lange gelte. Diese Leistungen würden mit Steuern finanziert. Manche Gesamtarbeitsverträge sähen Lösungen vor, «welche wesentlich besser sind als diejenige, die im Arbeitsvertrag des Obligationenrechts vorgesehen sind».

Überdies wären gemäss Berechnungen und Schätzungen des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) die finanziellen Belastungen der Arbeitgeber für Mutterschaftsleistung mit der Einführung der Mutterschaftsversicherung im Durchschnitt nicht höher als heute. Es gäbe hingegen eine Verlagerung: Für Betriebe mit vielen beschäftigten Frauen brächte die Mutterschaftsversicherung eine Entlastung, für die andern eine geringe Mehrbelastung. Die Frauen von FDP, CVP und SVP halten fest,

dass es Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zuzumuten sei, Leistungen für nichterwerbstätige Mütter mitzufinanzieren. Für diese müsse ein anderes Leistungssystem gefunden werden. Dabei gelte es zu beachten, dass mit der Einführung der Mutterschaftsleistungen die Kantone im Bereich der Fürsorge entlastet würden.

Die gemeinsame Pressekonferenz in Bern war auf ein grosses Echo gestossen. Die meisten Medien hatten anschliessend über die Forderungen der drei politischen Frauenorganisationen berichtet. Auch in der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens war ein kurzer Filmbericht zu sehen.

Aktuelle Themen am 13. Oktober

mb. Die Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz vom 13. Oktober 1994 steht ganz im Zeichen der derzeit aktuellsten Frauenthemen: Das Gleichstellungsgesetz und die Mutterschaftsversicherung bilden den Mittelpunkt der Zusammenkunft im Zunfthaus zur Zimmerleuten in Zürich (Beginn: 14.30 Uhr). Im Anschluss daran kommen zwei andere, seit langem diskutierte Frauenpostulate zur Sprache: Tagesschulen und Blockzeiten. Ursula Rellstab, Präsidentin des Vereins Tagesschulen Schweiz, wird den FDP-Frauen diese Modelle der Zukunft näher vorstellen.

300
JAHRE
1694
1994

Ein wahrhaft seltenes Ereignis...

...feiern wir in diesem Jahr in Seewen SZ. Das 300-jährige Jubiläum der St. Jakobskellerei!

Nach 300 Jahren wechsellvoller Geschichte ist die Liebe zum Wein geblieben. Wie damals die Vorfahren, nehmen sich die Gebrüder Schuler auch heute noch die Zeit, die Weine vor Ort bei den Weinbauern auszuwählen. Und wie unsere Vorfahren, garantieren wir unseren Kunden auch heute noch überdurchschnittlich gute Qualitätsweine zu erschwinglichen Preisen!



SCHULER-WEINE
St JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

St. Jakobskellerei - Schuler + Cie AG Schwyz + Luzern
Franzosenstr. 14 - 6423 Seewen - Telefon 043 / 24 33 33

* Landrätin und Präsidentin der FDP-Frauen-gruppe des Kantons Glarus



Audi A6. Der Anfang einer neuen Audi-Aera!

Der Audi A6 ist die logische Antwort auf die Frage nach dem zukunftsweisenden Qualitätsmobil und bedeutet die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung des erfolgreichen Audi 100.

Mit dem Audi A6 setzt Audi die neue A-Philosophie erstmals konsequent um: Mit frischer, pragmatischer Zeitlosigkeit im Design und einem innovativen Motoren-Programm: Von kraftvollsten, aber sparsamen TDI-Turbomotoren mit Diesel-

Direkteinspritzung bis zum kompakten, besonders leichten V6 in zwei Leistungsstufen!

Die serienmässige aktive und passive Sicherheit mit der fünften ABS-Generation, elektronischer Bremskraftverteilung, Fahrer- und Beifahrer-Airbag mit Gurtstraffer; der hochwertige Innenraum mit vielen serienmässigen Komfort-Extras sowie die Qualitätsmerkmale der vollverzinkten Karosserie mit 10-Jahres-Garantie und vielen

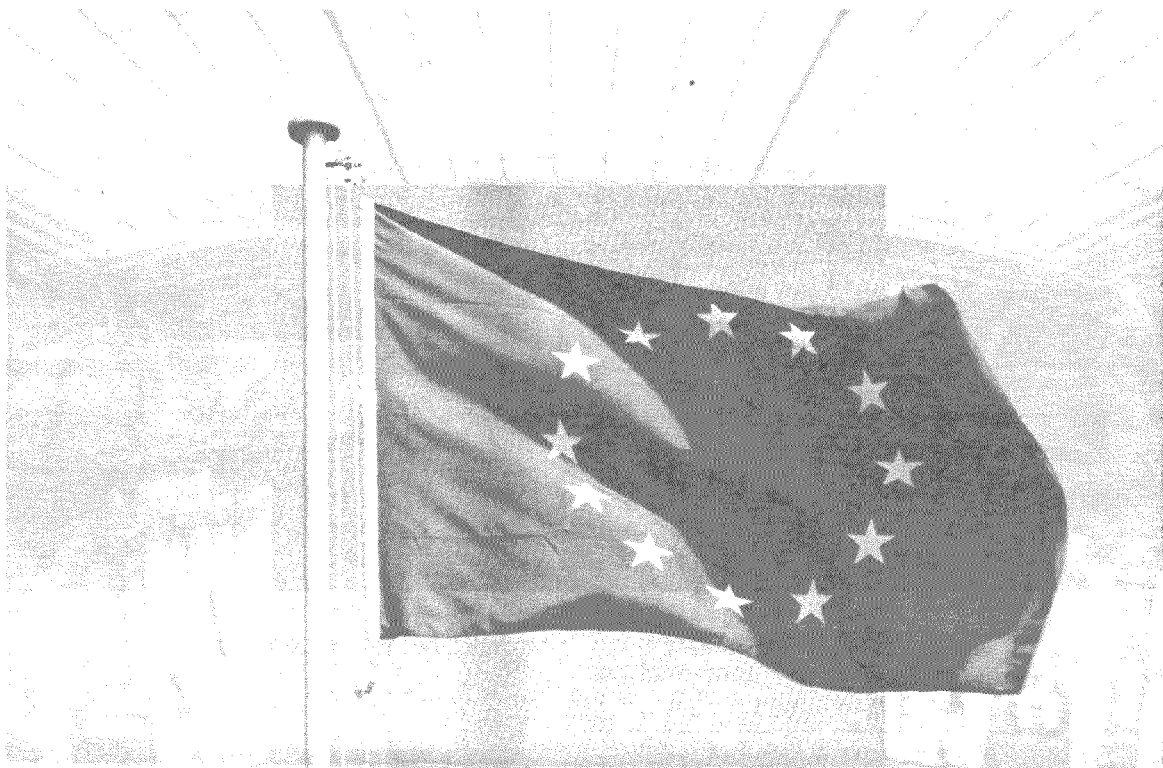
vorbildlichen Langzeitgarantien bedeuten eine sichere Investition in die Zukunft!

Vier Audi S6-Versionen mit weiterentwickelten Triebwerken (permanenter quattro-Allradantrieb und vollautomatische Klimaanlage serienmässig) setzen den neuen Sport-Massstab anspruchsvollster Audi-Fahrer!

**Audi
Vorsprung durch
Technik**



AMAG, Importeur von VW und Audi, 5116 Schinznach-Bad, und die 550 Audi-Partner werden Sie von A-Z überzeugen!



Ja zur Schweiz heisst Ja zu Europa.

Wir wollen den Werk-, Dienstleistungs-, Finanz- und
Forschungsplatz Schweiz erhalten - auch in einem
neuen Europa!

Wenn wir wollen, dass die Schweiz auch
dann noch die Schweiz bleibt, müssen wir uns offensiv
den neuen Herausforderungen stellen!

Denn Ja zur Schweiz heisst auch Ja zu Europa.

Zogg, Kemiger, Gasser

ABB

Die Energiewende

Es gibt eine echte Alternative zur CO₂-Abgabe, wie der Bundesrat sie will! Die letztes Jahr lancierten Volksbegehren «Solarinitiative» und «Energie-Umwelt-Initiative» befinden sich im Endspurt der Unterschriftensammlung.

◊ **Andreas Gadmer,**
Präsident JBS

Mit einer minimalen Abgabe auf nicht erneuerbaren Energieträgern (Öl, Gas usw.) von 0,1 bis 0,5 Rappen pro Kilowattstunde können wir jeweils 100 bis 500 Millionen Franken für die Förderung der Sonnenenergie auf überbauten Flächen und für eine effizientere Energienutzung investieren. Dabei soll auch auf regionalwirtschaftliche Bedürfnisse Rücksicht genommen werden. Die Dauer der Abgabe ist auf zwanzig Jahre begrenzt; es handelt sich um eine klare Starthilfe für den Durchbruch der Solarenergie.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass

hier eine umweltverträgliche Technologie gefördert wird. Die Nutzung der Sonnenenergie mit Sonnenkollektoren zur Wärmeerzeugung oder mittels photovoltaischer Siliziumzellen zur Elektrizitätsgewinnung ist ökologisch bedenkenlos. Im ersten Beispiel geht es um alltäglich verwendete Bau-, Heizungs- und Sanitätsmaterialien. Beim Silizium (Silex = Kieselstein) handelt es sich um gewöhnlichen Quarzsand, welcher als zweithäufigstes Element rund 28 Prozent der Erdoberfläche bedeckt.

Gratisenergie

Die Sonne schenkt uns jährlich 10 000mal mehr Energie, als wir heute brauchen. Sie liefert 1000 kWh/m pro Jahr gratis in die Schweiz. Bereits 0,5 Prozent davon könnte unsere ganzen heutigen Energieimporte ersetzen. Die Schweiz bezahlt heute über 18 Milliarden Franken für den Energiekonsum – davon gehen wiederum 5 bis 7 Milliarden Franken ins Ausland. Mit der Initiative kann 0,2 Milliarden bis 1 Milliarde wieder in die Schweizer Wirtschaft investiert werden. Die Solarinitiative fördert die Spitzentechnologie im gewerblichen und industriellen Sektor und schafft damit neue, sichere und hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Weniger Emissionen, mehr Lebensqualität

Die zunehmende Luftverschmutzung hat zu einer echten Belastung der Lebensqualität in den Wohn- und Erholungsgebieten geführt. Die zusammen mit der Solarinitiative lancierte Energie-Umwelt-Initiative stellt ein griffiges Instrument gegen die fortschreitende Umweltzerstörung dar. Mit wirtschaftlichen Anreizen will diese Initiative das Umsteigen auf saubere umwelt-

freundlichere Energietechnologien erleichtern. Der Verbrauch der nicht erneuerbaren Energien soll zunächst stabilisiert und dann schrittweise vermindert werden. Die Vermeidung von CO₂, CO, NO und anderen Emissionen verringert nicht nur die Umweltbelastung, sondern erhöht die Lebensqualität.

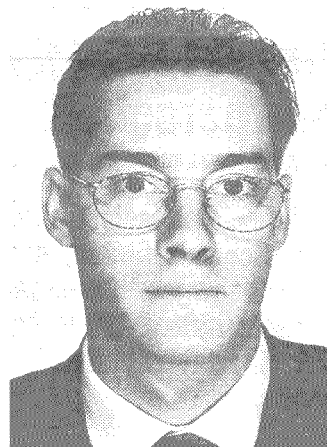
Um dieses Ziel zu erreichen, erhebt der Bund eine Lenkungsabgabe. Es sollen nur die nicht erneuerbaren Energieträger sowie die Elektrizität aus grossen Kraftwerken mit dieser Abgabe belastet werden. Der Reinertrag fliesst dann vollständig an Wirtschaft und Bevölkerung zurück.

Sehr wichtig ist dabei, dass die Abgabe staatsquotenneutral gestaltet werden muss. Ein wichtiger Unterschied zur vorgeschlagenen CO₂-Abgabe des Bundesrates.

Staatsquotenneutral bedeutet etwa, dass die Steuern gesenkt oder AHV-, ALV-Beiträge reduziert werden könnten. Neben der in der Initiative verankerten Aussenhandelsverträglichkeit werden auch hier regionalwirtschaftliche Anliegen berücksichtigt.

Die Lenkungsabgabe, wie auch wir Jungfreisinnigen sie fordern, wird jene zur Kasse beten, welche Energie verschwenden, und jene belohnen, welche Energie sparen! Darum unterstützt die Jungliberale Bewegung der Schweiz die beiden Initiativen und fordert alle auf, diese zu unterschreiben!

Mattia Pelloni



Mein Name sagt's, ich bin aus dem Tessin und nun als Generalsekretär beim Jungfreisinn. Es war vor über zwanzig Jahr', als meine Mutter mich gebar. In Zürich und Aargau ging ich zur Schule, als Neusprachler war ich mit meinem Latein am Ende . . . (reimt sich nicht . . .). An der ETH als Werkstoffingenieur wurd' ich durch Formeln ganz verstör' . . . t (reimt sich fast). Ich hatte Mühe mit dem Unterricht, und so ging ich hart ins Gericht mit den Professoren, und ich fand,

lieber reist Du Richtung England, wo sie mich nach fleissigen Lektionen mit einem schönen Certificate belohnen. Ich brachte es nach Hause aus einer Stadt, wo Newton und Thatcher sich assen satt (kleines Quiz für geographiekundige Jungliberale . . .). Mit meinen Studien ging es danach weiter, in St. Gallen und Zürich war's bedeckt bis heiter. Endlich in Bern fand ich mein Glück, die Atmosphäre der Stadt, ich war entzückt! Am Draht der Linie Europatelefon musst' ich erklären, wieso will Bern nach Rom ehhh Brüssel natürlich (reimt sich wieder nicht . . .). Nun ja und so leb und studier' ich jetzt hier und begleite die JBS in ihrem Pläsier, als Dichter lass ich's jetzt lieber sein, die Protokolle brauchen eh keinen Reim.

FDP-JUNGE

JBS KONGRESS
8.-9. OKT. '94
IN LUZERN

JUNGLIBERALE BEWEGUNG DER SCHWEIZ
JEUNESSE RADICALE SUISSE
GIOVENTU LIBERALE RADICALE SVIZZERA

AHV

Die Jungen von heute – die Bettler von morgen?

Samstag, 8. Oktober 1994
Beginn 13.15 Uhr
Gewerbeschulhaus beim
Bahnhof Luzern

Podiumsdiskussion
mit Nationalrat
Franz Steinegger,
Präsident der FDP
der Schweiz

Jedermann ist herzlich eingeladen!

Le «Röstigraben» n'existe pas!

Die FDP Stein AG nahm im Rahmen der Aktion Zwillingspartnerschaft der FDP Schweiz einen ersten Kontakt mit der FDP von Riaz FR auf.

○ Franziska Musumeci-Schmid

Anfang dieses Jahres regte die FDP Schweiz ihre Ortssektionen zu Zwillingspartnerschaften mit anderen Ortsparteien an. Die FDP Stein nahm diese Idee, Gleichgesinnte aus einer anderen Schweizer Region kennenzulernen, begeistert auf. Schnell setzte sich der Gedanke durch, mit einer Ortspartei jenseits des vielbeschriebenen «Röstigrabens» Kontakt aufzunehmen. So kam relativ rasch ein erster Briefwechsel zwischen den beiden Ortsparteien zustande.

Riaz, welches inmitten einer lieblichen Landschaft mit von

sattem Grün bedeckten Hügeln in der Nähe von Gruyère und Bulle liegt, hat etwa gleichviel Einwohner wie Stein, verfügt aber über wesentlich mehr Landfläche. Für den Steiner FDP-Vorstand spielte auch dies eine Rolle im Auswahlverfahren, handelt es sich doch um eine «Zwillingspartnerschaft».

Auf nach Riaz

Ganz spontan wurde dann die FDP Stein eingeladen, an einem Familiennachmittag in Riaz teilzunehmen. So kam es, dass sich am 20. August bei herrlichem Sommerwetter eine Delegation der FDP Stein, im Bezug auf das Französisch-Sprechen nun doch mit einem etwas mulmigen Ge-



Freisinn verbindet: Fricktaler Freisinnige beim Familienplausch mit Freiburger Parteifreunden.

fühl im Magen, auf den Weg ins zwei Stunden entfernte «Freiburgerland» machte. Sämtliche Bedenken, man würde sich hier mit dem Schulfranzösisch der Deutschschweizer etwa blamieren, zerstreuten sich bei der herzlichen Begrüssung im Wind.

In Empfang genommen wurden die Reisenden von Philippe Clement, Präsident FDP Riaz, und Toni Ackermann, Vorstandsmitglied FDP Riaz. Nach einem ersten «Beschnuppern» führte Toni Ackermann durch das Dorf Riaz. Auf dem Weg zum «Chalet du petit Prary», wo der Familiennachmittag stattfand, zeigte er seinen interessierten Zuhörern die Schönheiten der Gegend. Riaz hat im Sommer den Lac de la Gruyère und im Winter diverse Skigebiete in unmittelbarer Nähe.

Familienplausch

Bei der Ankunft im «Chalet du petit Prary» wurden die Steiner auch von den anderen Mitgliedern der FDP Riaz sehr herzlich und – wie könnte es anders sein – mit einem süffigen Weisswein begrüsst. Doch nicht nur Musse war angesagt! Da es sich bei diesem Familienplausch um einen

Spielnachmittag handelte, musste die Delegation aus Stein bald ihr Können im Pétanque-Spiel (eine Art Bocchia) zeigen. Gegen die «Beinahprofis» aus Riaz hatten diese Laien natürlich keine Chance.

Später beim gemütlichen Zusammensitzen bei einer «Soupe de Chalet» (eine sehr wohlschmeckende Freiburger Spezialität) wurde dann angeregt – in Französisch/Deutsch und Deutsch/Französisch – über diverse Themen diskutiert. Da Riaz eine ähnliche Struktur wie Stein hat, sind auch die Probleme, Sorgen und Freuden etwa gleich gelagert.

Neue Freunde

Der «Sprung über den Röstigraben», welchen die Steiner FDP mit dieser Zwillingspartnerschaft gewagt hat, scheint sich gelohnt zu haben, hatten doch die drei Delegierten den Eindruck, nicht nur politisch neue Freunde gefunden zu haben. Gut gelaunt trat die Delegation der FDP Stein die Heimreise ins Fricktal an. Selbstverständlich wurde vor der Abreise auch der Rückbesuch der FDP Riaz in Stein, welchem alle mit Freude entgegensehen, besprochen. ■

Aktion Zwillingspartnerschaft

Wollen auch Sie einen «Zwilling», das heisst eine freisinnige Ortssektion, in der Schweiz finden, mit dem Sie in Kontakt treten möchten? Das Generalsekretariat der FDP der Schweiz nimmt Wünsche und Anmeldungen für Ortsparteipartnerschaften jederzeit zur Vermittlung entgegen.



Talon

Die FDP-Ortssektion _____, Kanton _____

wünscht eine *Zwillingspartnerschaft* mit einer FDP-Ortssektion

- in der französischen Schweiz
- in der italienischen Schweiz
- in der rätoromanischen Schweiz
- in der deutschen Schweiz

Name: _____ Vorname: _____

10/94

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51 ■



Karikatur Andreas Töns

Zum Gedenken an Gerhart Schürch



Gerhart Schürch

Gerhart Schürch hat eine der hierzulande üblichen Politikerkarrieren absolviert, wie wir sie von vernünftigen Bürgern erwarten, die das öffentliche Leben mitgestalten wollen und sollen: beginnend im Gemeindeparlament, über den Gemeinderat in die kantonalen und eidgenössischen Legislativen. Aber Gerhart Schürch hat bedeutend mehr geleistet für unser Land, für Kanton und Stadt, als dem Durchschnittspolitiker je gelingen kann.

Gerhart Schürch durchlief die Schulen in Bern, wurde zum Fürsprecher promoviert und verfasste seine Doktorarbeit zum Thema «Der strafrechtliche Schutz der öffentlichen Ordnung». Er war während sieben Jahren Sekretär des Auslandschweizerwerks der Neuen Helvetischen Gesellschaft (bis 1941), dann drei Jahre Jugendanwalt Oberland in Thun und praktizierte als selbständiger Fürsprecher von 1944 bis 1961 in Bern. Erst 1960, als Fünfzigjähriger, begann seine Tätigkeit in der Politik, also verhältnismässig spät, dann aber rasant. Er wurde 1960 ins städtische Parlament gewählt, nur ein Jahr darauf in den Gemeinderat der Stadt Bern und fast gleichzeitig in den Grossen Rat des Kantons Bern. 1960 starb sein Vater, der hochangesehene und im ganzen Land bekannte Dr. h. c. Ernst Schürch, gewese-

ner Chefredaktor beim «Bund» in den politisch schwierigen Jahren vor dem und im Zweiten Weltkrieg.

Die politische Karriere, die nach dem Tod des von ihm sehr verehrten Vaters begann, beendete in der Stadt Bern die sozialdemokratische Mehrheit in der Exekutive. Gerhart Schürch hatte die städtischen Finanzen zu übernehmen und hat dieses ihm kaum besonders liegende Amt während seinen Gemeinderatsjahren tüchtig geführt.

Fast gleichzeitig mit der Übernahme der Finanzdirektion in der Stadt Bern trat Gerhart Schürch in das kantonale Parlament ein, zusammen mit vielen neuen Kräften. Er überragte viele von uns Neulingen nicht nur mit einer imposanten Figur, sondern auch geistig mit einem grundsätzlichen Denken. Was gab Gerhart Schürch seine eindruckliche Stellung in der freisinnigen Fraktion des Grossen Rates? Er war, und spätere Publikationen haben das immer wieder deutlich gesagt, ein Mann, der in gefährlicher Zeit Mut gezeigt hat. Sein Mitwirken im «Offiziersbund», der sich 1940 nach der als anpasserisch empfundenen Rede von Bundesrat Pilet-Golaz zusammengetan hatte und zum Widerstand entschlossen war gegen Nazi-Deutschland auch bei einer defaitistischen Haltung der zivilen und militärischen Behörden, ist ein Zeugnis dafür.

Das Bekanntwerden dieses Offiziersbundes in der Öffentlichkeit, das Wissen, dass es Kräfte gab, die absolut zum Widerstand entschlossen waren, das stärkte damals die Moral des Schweizervolkes. Dazu kam die überlegene Art, wie General Guisan mit dieser Insubordination umging, indem er die Aufforderung zum Widerstand als rechtens erklärte und nur ihre Verheimlichung milde bestrafte. Auch das trug dazu bei, das Ansehen der Armee und den Widerstandswillen zu

stärken. Gerhart Schürch wurde als Oberleutnant zu vier Tagen Arrest verurteilt. Ich glaube, dass er stolz darauf war, nicht nur einen Verweis erhalten zu haben.

Dass Gerhart 1940 zu diesen widerstandsbereiten Männern gehört hatte, prägte sein Bild von Beginn der politischen Tätigkeit an, bereits im Grossen Rat, dann auch im Nationalrat. Seine grösste Wirksamkeit im Nationalrat entfaltete er zweifellos als Mitglied und als Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten. Er gehörte ihr ab 1974 an und präsiidierte sie ab 1978. Er war zu dieser Zeit einer der wenigen Nationalräte, die sich hingebend der Aussenpolitik widmeten, einem Gebiet, auf welchem kaum Wählerstimmen geholt werden konnten. In einer aussenpolitischen Debatte 1979 sprach er nicht wie andere Votanten zu der umstrittenen Afrika-reise unseres Aussenministers, sondern zu gewichtigeren Fragen, nämlich zu der aussenpolitischen Verantwortung des Parlamentes, die erheblich zugenommen habe seit dem Ausbau des Staatsvertragsreferendums, und zum Verhältnis des Parlamentes zum Bundesrat in diesen Fragen. Er zitierte einen schönen Buchtitel «Romands, Alémaniques, Tessinois: Mieux nous écouter pour mieux nous comprendre». Das waren seine Themen, und persönlichen Angriffen auf einen Bundesrat konnte er nichts abgewinnen.

Gerhart Schürch liess sich auch in den Europarat delegieren, ein damals nicht sehr begehrter Posten, da die Debatten dieses Gremiums innenpolitisch noch kaum ein Echo fanden. Er hat in Strassburg in der Schweizer Delegation von 1976 bis 1980 tüchtig mitgearbeitet. Er war ja früher intensiv mit dem Ausland in Berührung gekommen, in der Neuen Helvetischen Gesellschaft, der er 1949 bis 1954 auch als Zentralpräsident vorstand, und

auch als Sekretär der kulturellen Hilfsaktionen für Deutschland, als Delegierter der Schweizer Spende in der Tschechoslowakei Ende der vierziger Jahre und ab 1957 als Vizepräsident der Eidg. Kommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer. Im Jahr 1968 war er Missionschef des IKRK in Lagos, Nigeria, während des unseligen Biafrakrieges.

Wir dürfen auch die publizistische Tätigkeit von Gerhart Schürch nicht vergessen: Er war 1946 bis 1948 Redaktor der Zeitschrift «Volk und Armee», er verfasste Artikel in vielen Zeitungen, die oft um das Thema «Widerstand» kreisten. Grosse Bewunderung gilt den stark beachteten Kolumnen im «Bund». Die lange Serie beginnt im Dezember 1967 mit dem Titel «Der Souverän» und endet im Oktober 1977 mit dem Titel «Grenzen der Menschenrechte». Seine Laufbahn in der Schweizer Armee hat ihn auf die intensive Beschäftigung mit Sicherheitsfragen in Parlament und Publizistik vorbereitet. Er hat als Einheitskommandant bei Grenz- und Auszugstruppen des Oberwallis und des Berner Oberlandes Dienst geleistet, wurde Generalstabsoffizier, Stabschef der Geb Br 11, Kommandant des Geb Inf Rgt 18.

Gerhart Schürch hat Niederlagen wegstecken können. Ich habe ihn nie hadern gehört mit dem Schicksal, das ihn nicht Stadtpräsident werden liess, das ihn ungerechten Angriffen aussetzte, als er seine Funktion in Nigeria ausübte, das ihm und seiner Frau viele Operationen aufzwang, das ihm eine Tochter entriess. Er ertrug diese Schicksalsschläge. Er konnte sich mit Gegnern versöhnen, er war nicht nachtragend. Gerhart Schürch hat viel geleistet. Er hat unserer Heimat in mannigfacher Weise gedient. Er war ein treuer Freund, ein lauterer, gradliniger Charakter, der unbestechlich, wohlüberlegt und ehrlich handelte. Seine Freunde, seine Mitbürgerinnen und Mitbürger sind ihm dankbar.

Arthur Hänsenberger
alt Ständeratspräsident
Oberdiessbach BE